

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Seit 1918: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Postträger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 28065 „Kommunistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau. Fernschreib-Anschluß: Rima Nr. 98 57

Dienstag, den 5. Juli 1921

Anzeigenpreise: Die 8 spalten 20 Millimeterzeile über deren Raum 1,00 Mk. auswärts 0,90 Mk. 4 spalten 10 Millimeterzeile über deren Raum 0,50 Mk. 2 spalten 10 Millimeterzeile über deren Raum 0,30 Mk. 1 spalte 10 Millimeterzeile über deren Raum 0,20 Mk. Die 20 Millimeterzeile, 2 spalten über deren Raum im Text 0,10 Mk.

Die gepressten Waldenburger Kumpels

Keine Ermäßigung der Kohlensteuer.

Der Streik im niederschlesischen Steinkohlenrevier wurde abgebrochen, nachdem die Regierungsvertreter den Bergarbeitern eine ab 1. Juli zu zahlende Schichtzulage von 5 Mark versprochen hatten. Diese Lohnerhöhung wollte die Regierung dadurch zustandebringen, daß die Kohlensteuer für einzelne Bergbaubezirke ermäßigt werden sollte. Die Summe die durch eine Herabsetzung der Steuer erzielt würde, sollte an die Kumpels abgeführt werden.

Mit dieser Methode bewies die Regierung, daß sie in einseitigster Weise nur die Interessen der Unternehmer vertritt, wie es eben eine kapitalistische Regierung gar nicht anders kann. Dem werktätigen Volke, der großen Masse der Konsumenten, liegt nichts an die Ermäßigung einer Steuer, die ja doch nur aus den Knochen des Volkes herausgepreßt wird. Denn in der Praxis bedeutet ein solches Verfahren nichts anderes, als daß die berechtigten Lohnerhöhungen, die die Bergarbeiter fordern, die Konsumenten, also das werktätige Volk, bezahlen muß.

Die Grubenbesitzer, die noch immer gut verdienen und hohe Dividenden einheimen, behaupten, daß sie die Lasten einer Lohnerhöhung unmöglich ertragen könnten.

Allen Ernstes wird von dieser Seite versichert, daß zahlreiche Grubenbesitzer, vor allem im unrentablen niederschlesischen Revier, aus ihrer Tasche zuzucken, nur dem notleidenden Vaterlande zuliebe. Die Bergarbeiter lachen natürlich über solch Opferliche der Herren Fechenbarone. Selbst die noch immer verschleierte Bilanzen sprechen doch eine andere Sprache.

Aber den schwer stöhnenden Grubenbesitzern kommt die Regierung zu Hilfe. Sie ist der Meinung, daß die Kapitalisten keine Opfer mehr bringen können und daß die Bergarbeiter und die Konsumenten noch nicht genug geknöpft werden. Die Kohlensteuer, durch die nur die Konsumenten belastet werden, wird nicht ermäßigt zum Vorteil der Konsumenten, sondern der schwer belasteten Produzenten.

Das ist die demokratische Regierung, die von sich behauptet, daß sie die Interessen des gesamten Volkes vertritt. Selbst die Sozialdemokraten werden suchstufelwild, wenn wir Kommunisten behaupten, daß die Regierung Wirth nur das Feigenblatt für die Diktatur des Kapitals ist.

Aber gerade solche Methoden sind geeignet, der Volksmasse die Augen zu öffnen.

Die Waldenburger Kumpels glaubten natürlich der Regierung auch aufs Wort. Sie nahmen die Arbeit wieder auf, auch diejenigen, die sich nicht von den Konsumenten die Lohnerhöhung zahlen lassen wollten. Sie wurden von den Maschinengeheeren der Gewerkschaftsböngzen in die Schächte getrieben.

Es war natürlich vorauszusehen, daß die Bergleute die Belämmerten sein würden. Den Gewerkschaftsführern lag nur daran, die Streikenden wieder in die Schächte zu bekommen. Die Lohnzulage stand auf einem anderen Blatt.

Und so ist es auch gekommen. In einer der letzten Reichstagsitzungen wurde das Gesetz über die Verlängerung des Kohlensteuererlasses in 2. Lesung angenommen. Eine Ermäßigung der Kohlensteuer für einzelne Bergbaubezirke wurde angelehnt der zerrütteten Finanzen des Reiches abgelehnt.

Damit ist natürlich auch die den Waldenburger Kumpels versprochene Schichtzulage von 5 Mark abgelehnt, die aus der Ermäßigung der Kohlensteuer nutzbar gemacht werden sollte.

Die Waldenburger Bergarbeiter sind also die Betroffenen. Den Regierungsvertretern ist es mit dem Versprechen auch gar nicht ernst gewesen. Sie wußten doch, wie es mit den Reichsfinanzen bestellt ist und daß der Staat auf die Steuern gar nicht verzichten kann. Die völlig korruptierte und in der Auflösung begriffene kapitalistische Wirtschaft läßt sich überhaupt nur noch am Leben erhalten durch eine rücksichtslose Ausbeutung des Proletariats.

Das sollen nun auch die niederschlesischen Kumpels erfahren. Sie werden auf die erhöhte Schichtzulage verzichten müssen.

Nun, die Bergarbeiter des Waldenburger Reviers werden eben den Kampf wieder aufnehmen müssen, wollen sie nicht im wirtschaftlichen Elend verkommen. Sie haben gelernt und werden sich ein zweites Mal nicht wieder so leichtgläubig auf die Versprechungen von Regierungsvertretern und Gewerkschaftsführern verlassen. Sie werden sich in Zukunft etwas mehr auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft verlassen müssen.

Neue Kämpfe stehen den Waldenburger Kumpels bevor. Sie müssen sofort zur neuen Situation Stellung nehmen. Sie müssen vor allem die Vorbereitungen für die neuen Kämpfe treffen, das heißt sie müssen die Führer beseitigen, die ihnen zum Abbruch eines Streikes rieten, der so günstig stand, wie der letzte, und unter Bedingungen, deren wahres Gesicht die Bergarbeiter jetzt sehen.

Vom Kapitalismus hat das Proletariat nichts zu erwarten. Es muß die Kapitalisten zum Teufel jagen.

Unsere Aufgaben in Schlesien

Nachdem es mit Hilfe der Sozialdemokratie zu einer Einigung zwischen der deutschen und der Ententebourgeoisie gekommen ist, sucht sich die deutsche Bourgeoisie mit allen Mitteln in den Besitz der Vorteile zu setzen, die ihr als Zwischenausbeuter von der Entente zugestanden werden.

Nicht in offener Angriffsfront hat sich das Unternehmertum zu seinem Beutesfeldzug gegen das Proletariat in Bewegung gesetzt, sondern in kleinen Einzelkämpfen soll das deutsche Proletariat zur Strecke gebracht werden. Wieder bieten die Gewerkschaftsführer zu diesem Ausbeutungsgeschäft die Hände, indem sie dem Unternehmertum die Schleimwege zeigen, die es gehen muß, um das Proletariat zur Strecke zu bringen.

Mit aller Rücksichtslosigkeit geht das Unternehmertum den vorgezeichneten Weg. Die Löhne werden gedrückt, Prämien- und Akkordarbeit eingeführt, die Arbeitszeit wird verlängert, die Ferienzeiten abgebaut, Sonntagsarbeit und späterer Ladenschluß wieder durchgeführt.

Wilt es den bedrohten Prolet zu sichern, finden Aussparungen statt oder es wird zur Kurzarbeit gegriffen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst, ihre Lage verschlechtert sich täglich.

Das Proletariat verfällt einer hoffnungslosen Verleumdung. Wo sich die Arbeiter gegen die Ausbeutungsabsichten der Bourgeoisie zur Wehr setzen, fahren Maschinengewehre auf und sorgen „Ordnungstruppen“ für die Erfüllung des Unternehmerwillens.

Die deutsche Bourgeoisie, die bei dem Einigungsgeschäft mit der Entente nur bei höchster „Sparlichkeit“ und höchstmöglicher Produktionssteigerung auf ihre Kosten kommt, scheut vor keinem Mittel zurück, sich den erwünschten Profit zu sichern. Das massenweise Abschlagen der Arbeiter in Mitteldeutschland und das anschließende Wüten der Ausnahmegerichte beweisen die Hartnäckigkeit, mit der die Bourgeoisie an der Durchführung ihres Sieges festhält.

Auf welcher Seite bei allen diesen Kämpfen die Gewerkschaftsführer stehen, hat besonders deutlich der Streik der Waldenburger Bergarbeiter gezeigt. Hier loberte noch einmal der ungebrochene Kampfwille des Proletariats auf. Ueber die Köpfe seiner Gewerkschaftsführer weg traten die Kumpels in den Streik. Aber von ebendenselben verräterischen Kreaturen ließen sich die erst so kühnen Bergarbeiter wieder einfangen. Ohne den Verrat der Gewerkschaftsführer hätte sich der Vormarsch der Unternehmer hier im Waldenburger Steinkohlenrevier festlaufen müssen. Bei dem Geist, von dem die Bergarbeiter allesamt zu Beginn des Streiks getragen waren, hätte sich von Schlesien aus bei revolutionärer Führung die reaktionäre Front aufstollen lassen. So aber siegte das Unternehmertum, unterstützt von Gewerkschaftsverrat und brutaler Gewalt.

Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, ihre Stellung in letzter Zeit bedeutend auszubauen und zu festigen.

Das Proletariat ist in die Defensive zurückgedrängt worden und erträgt teilweise den gegenwärtigen Zustand schamloser Ausbeutung und Vergewaltigung mit besorgniserregender Apathie. Es hat keinen Zweck und würde nur das Gegenteil bewirken, wollten wir uns dieser Einsicht verschließen. Die Reulenschläge, die in letzter Zeit auf das Proletariat niedergesaut sind, haben es teilnahmslos gemacht. Kögen die Provokationen noch so niederträchtig und raffiniert sein, wie die Ermordung Carels, die Verurteilung Hötz, das freche Auftreten Jagows, das Proletariat bleibt stumpf und passiv.

So energisch auch die Bourgeoisie die Realisierung ihrer Angriffspläne betreibt, so ist doch auch in allerletzter Zeit in ihren Reihen eine gewisse Müdigkeit und Stagnation zu beachten. Die Front der Bourgeoisie steht gegenwärtig unter dem Einfluß der demokratischen Mitte.

Die Fronten des Bürgerkriegs befinden sich in der Schwebe, im labilen Gleichgewicht.

Was hat die kommunistische Partei in dieser Hemmpause der Revolution zu tun?

Auf keinen Fall darf sie sich abwartend verhalten und sich von der Passivität des übrigen Proletariats insizieren lassen. Es genügt auch nicht, in Parlamenten und Gewerkschaften bei der Beratung von Nullitäten das Parteiprogramm oder irgend ein anderes kanonisches Gebot herzuheulen. In einem Zustand der Resignation und Stagnation läuft jede revolutionäre Partei Gefahr im opportunistischen Sumpf zu versinken.

In diesem Zustand befand sich unsere Partei vor der Märzaktion. Gätte der mitteldeutsche Blitz nicht die drückende Atmosphäre gereinigt, unsere ganze Partei wäre Levis Weg gegangen.

Wir haben das als eine Gesekzmäßigkeit der Entwicklung zu betrachten und demgemäß die Richtlinien unserer Partei einzustellen.

Die kommunistische Partei hat die Aufgabe, die Revolution vorwärts zu treiben. Das streicht sie aber nicht

wenn auch sie sich unter den Reulenschlägen der Gegenrevolution duckt und allen Provokationen aus dem Wege geht, sondern, wenn sie unermüdet und mit aller Energie auf die letzte Entscheidung hinarbeitet — koste es, was es wolle.

In Schlesien hat unsere Partei besonders unter dem brutalen Vorgehen der Reaktion zu leiden gehabt. Ja, sie leidet heute noch. Wenn auch in Schlesien während der Märztage weder gestreikt noch gekämpft wurde, so suchte doch auch in Schlesien die Gegenrevolution unter der kommunistischen ihre Opfer. Fast sämtliche Funktionäre der Provinz Schlesien wurden eingesperrt. Die Absicht der Polizei ging nämlich dahin, die kommunistische Bewegung in Schlesien tot zu machen.

Unsere Partei wird durch die Verfolgungen zu einer Partei opferbereiter Soldaten. Und je mehr die Polizei ihren Druck erhöhte, je kräftiger sie zuschlug, desto schärftiger wurde ihr Schwert und desto lippiger wuchs unsere Bewegung. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die durch ihre Führer gegen das „kommunistische Gesindel“ aufgehetzt wurden, begannen zu begreifen, daß diese Polizeiattachen nur Vorpostengefächte der Reaktion gegen das gesamte Proletariat waren. Sie sympathisierten mit uns oder schlossen sich unserer Partei an. Die Parolen unserer Partei waren auf fruchtbarer Boden gefallen. Wollten die SPD-Führer nicht, daß ihnen die Massen in hellen Scharen davonliefen, mußten sie ihre verheerende Kampfesmelde fallen lassen und unsere Kampfpapieren (wenn auch in menschewistischer Verkrümmelung) aufnehmen.

Der Erfolg beginnt sich zu zeigen. Die Aktivität des schlesischen Proletariats wächst. Der Einfluß der kommunistischen Partei auf das übrige Proletariat wird deutlicher.

Sier muß unsere Partei einschreiten, hier muß sie wirken in zäher Aufklärungsarbeit, um den Boden zu bereiten für kommende Kämpfe, die nicht ausbleiben werden. Unsere Partei darf nicht nach der Manier sozialdemokratischer Wahlvereine auf plumpen Mitgliederfang ausgehen. Die kommunistische Partei vertritt die Interessen des gesamten Proletariats. Es kann sich nicht darum handeln, durch Maulaufreißer Mitglieder einzufangen. Die kommunistische Partei muß das Vertrauen des Proletariats zu gewinnen suchen.

Wenn wir Kritik an dem feigen und verräterischen der SPD-Führer üben, sollen wir zu gleicher Zeit den Massen sagen, wie es besser gemacht werden muß.

In dem augenblicklichen Zustand der Schwebe, der schweren und opferreichen Kämpfen vorangeht, muß unsere Partei zum Sammelbecken aller revolutionären Energien und Kräfte werden. In den Betrieben und den Gewerkschaften müssen die Fraktionen unserer Partei zu Rekrutierungszentren revolutionären Widerstandes werden. Wir haben überall zu sein, wo Arbeiter zusammenkommen und unbekümmert um alle Opfer und Folgen auf die kommenden Kämpfe hinzuweisen. Die Illusionen der Arbeitsgemeinschaft, der Demokratie und des Parlamentarismus müssen rücksichtslos zerstört werden. Das Proletariat hat sich jetzt nur auf den Kampf um die Macht einzustellen und dazu alle Vorbereitungen zu treffen.

Das schlesische Proletariat steht auf wichtigem Posten. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden die kommenden Kämpfe ihren Ausgangspunkt in Schlesien finden.

Erhöhte Alarmbereitschaft, wachsender Wille zum Kampf, gesteigerte Aktivität werden unsere Partei gesund erhalten, werden dafür sorgen, daß unsere Führer nicht verdonnen und unsere Mitglieder nicht verpfeifern.

Das rücksichtslose Vorgehen der Reaktion trägt im erhöhten Maße dazu bei, daß die pazifistische Vorstellung von der gemüthlichen Revolution in den Köpfen der Arbeiter zerstört wird. Rahr und Pochner verdrängen auch die Mehrheitssozialisten nicht. Also auch diese Schichten müssen erkennen, daß es gegen die Reaktion nur ein Mittel gibt: das ist die Waffe in der Hand der Arbeiter. Dem Geschwätz vom Stimmzettel wird bald kein Arbeiter mehr glauben.

In einer solchen Situation hat unsere Partei in den Gewerkschaften die doppelte Pflicht, die Bewahrung der Arbeiter zu fordern und für den proletarischen Selbstschutz einzutreten.

Gegenüber den Rüstungen der Reaktion sind die Rüstungen der Revolution zu fordern. Der Bürgerkrieg ist der Korridor zur Macht des Proletariats.

Auf diesen Kampf um die Macht sind jetzt Parteiapparat und Gewerkschaften einzustellen.

Mag es auch gegenwärtig so aussehen, als wären Revolution und Reaktion zu einem Waffenstillstand gekommen. Das Proletariat darf nicht vergessen, daß im gegenrevolutionären Lager sieberhaft gerüstet wird. Jetzt sich das Proletariat untätig oder passiv, hört es auf für die Bourgeoisie eine Gefahr zu sein, fürchtet es sich vor der letzten Entscheidung, so wird die Bourgeoisie Zeit finden, die letzten Vorbereitungen abzuschließen, um dann ungehindert zum vernichtenden Schlag auszuholen.

Das Proletariat hat sich zu entscheiden zwischen Kampf oder Schlawerei. Entscheidet es sich jetzt für den Kampf, wird ihm auch der Sieg sicher sein.

Die Schmach der Klassenjustiz!

Aus der Landtagsdebatte über die Frage der Klassenjustiz haben sowohl die bürgerlichen Redner als auch die Regierung sich mit Entrüstung gegen die Behauptung der Kommunisten gerandt, daß in der „freien Republik der Welt“ zweierlei Recht gesprochen werde. Aber jeder Tag zeitigt neue Fälle, die einer krasser noch als der andere, das wahre Wesen der demokratischen Justiz enthüllen, die sich immer schamloser und frecher als Schrittmacherin der Reaktion und Schutz der herrschenden Klassen entlarvt.

Ein besonders entsetzlicher Fall, der wieder einmal beweist, wie skrupellos die Justizbehörden über Wohl und Wehe eines Arbeiters hinweggehen, wird uns aus Frankfurt a. M. gemeldet:

Der Arbeiter Wilhelm Lehmann der Bezirksamtschaft Frankfurt a. M. West wurde im Februar 1921 wegen politischer „Verbrechen“ als Mitglied der KPD. Frankfurt a. M. verhaftet.

Er ist wegen Nervenleiden mit 50 Prozent Rente entlassen aus dem Heeresdienst. Damals war er mit Nervenleiden behaftet, die sich im Laufe der Jahre aber bedeutend besserten und zuletzt nur bei außerordentlicher Erregung wiederholten.

Nach seiner Verhaftung erlitt er zwei Nervenleiden im Frankfurter Untersuchungsgefängnis; nach seiner Ueberführung in das Untersuchungsgefängnis Wehlsheden bei Cassel wiederholten sich dieselben mehrmals, überhaupt kam das Weiden immer mehr zum Durchbruch und heute ist Lehmann durch sein Weiden auf dem rechten Auge erblindet, die Beine verformen vollständig den Dienst, der kein Kraft weg, ohne daß er etwas dagegen tun kann.

Ein Vertreter der Gendarmerie hat sich bei einem Besuch von diesen Tatsachen überzeugt.

Es wurde daraufhin sofortige ärztliche Untersuchung und Ueberführung in Krankenhaus-Behandlung oder in eine Heilanstalt beantragt, da nach den Angaben Lehmanns auch der Gefängnisarzt die Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit beantragt hatte.

Diese Tatsachen wurden dem kaiserlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando II in Cassel mitgeteilt und der Antrag auf Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit gestellt. Trotz mehrfacher Verhandlungen gelang jedoch nichts, er wurde schließlich ins Gefängnislager überführt. Auch dort ist er nicht der Pfleger für einen Schwerekranken, da er ohne Pflege ist, der er dringend bedarf.

Anfang Juni wurde den Antragstellern mitgeteilt, daß die Anwesenheit L. dem kaiserlichen Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I in Berlin überwiegen worden sei. Dort liegt die Sache seitdem unbehandelt. Der schwerkranke Lehmann liegt währenddessen noch immer in Haft, deren Entbehrungen seinen Zustand immer mehr verschlimmern. Schon ist er auf Jahre hinaus erwerbsunfähig. Die Behörden rühren sich nicht.

So wird mit dem Leben und der Gesundheit eines ohnehin schon schwerkranken Proletariers Schindluder getrieben! Unbekümmert um ärztliche Atteste, Eingaben der Angehörigen, unbekümmert um sein von Tag zu Tag weiter um sich ereifendes entsetzliches Weiden sperrt die Justiz diesen Arbeiter in monatelange Haft.

Wie anders ist die Behandlung des Rapprebellens Traugott von Jagow, des feudalen Parteipräsidenten der wilhelmianischen Zeit! Die größte Mühe gibt sich der Reichsjustizminister Schiffer, Arm in Arm mit den reaktionären Staatsanwälten, um diesem Hochverräter den Prozess zu eripieren. Er schwindelt ärztliche Krankheitsbescheinigung, die Stellung einer Kaution, die Lüne: Unauffindbar, alles das wird dankbar von den republikanischen Justizbehörden angenommen. Auch damit hat die Frechheit dieses Spapnerbrechers kein Ende. Er mag es offen, den Reichsjustizminister zu verhöhnen, ihn zu

gen zu strafen und sich über die Verschleppung seines Verfahrens zu beschweren. O welche Lust, monarchistischer Hochverräter zu sein!

Der Fall Jagow enthüllt mit erschreckender Deutlichkeit, wie sicher sich die reaktionären Banditen in der deutschen Republik fühlen und wie schamlos und zynisch offen die reaktionären Richter das „Recht“ in ihrem Sinne beugen. Nicht nur im Falle Jagow!

Der Haupträdführer Kapp ist auch „unaufrichtig“ Er hat in der kurzen Zeit seiner Reichskanzlerherrlichkeit eine Reihe von Blutbefehlen herausgegeben. Wir erinnern nur an folgende Verordnung:

„Die Haupträdführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlicher Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitswesens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, desgleichen die Streikposten werden mit dem Tode bestraft.“

Er forderte auch auf, mehr zu tun, „als der tote Buchstabe gebietet“. Das war eine Aufforderung zur Arbeitererschleichung, weit über den Rahmen seiner Verordnungen hinaus. Kapp ist damit der Schuldige für alle die Mordtaten, die von seinen Unterorganen an der Arbeiterschaft verübt worden sind, die Erschleichung des köpenicker Stadtverordneten Jutran, der Schmeriner und Wehlenburger Landarbeiter, die Morde im Ruhrgebiet, die nach Hunderten zählen, der Schuldige für den Mordanschlag an Bernhard Schottländer, den 14 Arbeitern in Thale und der vielen, vielen anderen, die von den Rapprebellens auf Grund seiner Blutbefehle umgebracht worden sind. Auch ihn hat die Justiz entweichen lassen.

Nicht einmal sein Vermögen ist beschlagnahmt worden!

Das sind die Taten ein und derselben Justiz, die es magt, sich als „unparteiisch“ und „unabhängig“ hinzustellen. Auf der einen Seite brutale, verbrecherische Methoden zur Niederknüppelung der Arbeiterschaft, nach Hundertstausenden Zählhaus zählende Schandurteile gegen Proletarier, durch niederträchtigste Gefangenentmählungen erprechte Geständnisse, hohe Geldprämien für Mordelbige, Spittel und Provokateure auf der einen Seite und im Gegenzug dazu parteiische und grüßliche Kapitalstiebler. Ein Arbeiter, der nervenleidend, 50 Prozent erwerbsunfähig ist, wird monatelang in Haft gesperrt, ein Mann wie Jagow, der seinem eigenen Geständnis nach jahrelang nicht krank gewesen ist, wird in Freiheit gelassen! Reaktionäre Verbrecher sind „krankheitsgehalber“ jahrelang verhandlungsunfähig, bei sterbenskranken Proletariern genügen zwei Mann Gipo, um ihn auf die Anklagebank zu zerren.

Der Regierung, die für diese Justizschandlatten verantwortlich ist, gehören Sozialdemokraten an. Leute, die vorgeben, Vertreter von Arbeiterinteressen zu sein. Heute jammert dieselbe Partei in Preußen über den reaktionären Geist der Richterklasse, nur um ihrer Opposition gegen den Zentrumsführer Siegelwald, der ihnen den Stuhl vor die Tür setzte, Luft zu machen. Wie wenig den Sozialdemokraten ihre Entrüstungsrufe über die Klassenjustiz ernst gemeint sind, zeigt die Tatsache, daß sie im Reich zu ihrer Befriedigung keinen Finger rühren. Die unabhängigen erschöpfen sich in parlamentarischen Aktionen, glauben mit Anfragen und Anträgen der Klassenjustiz ein Ende bereiten zu können.

Währenddessen arbeitet die weiße Justizmaschinerie weiter, ein Proletariatskopf nach dem anderen rollt in den Sand, ein Proletariatsleben nach dem anderen wird zur Verbannung hinter die weißen Justizmauern verurteilt. In den proletarischen Massen liegt es, diesen Klassenjustizorganen, diesem Rechtsverbrecherium ein Ende zu bereiten!

Hrn. Schmidt-König (Sag.): Die Landwirte haben durch den Bezug des verbilligten Walfes ein sehr gutes Geschäft gemacht.
Hrn. Berg (USag.): Die Verteilung des Walfes liegt nicht, wie wir es gern gesehen hätten, in den Händen amtlicher Behörden, sondern in den Händen der Agrarier.

Oberschlesien.

Die ersten englischen Truppen sind am Donnerstag mit Maschinengewehren, Tanks und Panzerautomobilen in Hindenburg eingetroffen. Sie wurden auf dem Entlastungsbahnhof untergebracht. Die Räumung der zweiten Zone durch die polnischen Infanterien wurde am Freitag früh begonnen. Die Eisenbahnstrecke von Gleiwitz nach Zaband ist frei. Es gehen bereits mehrere deutsche Kohlenzüge. Die Internationale Kommission wird nach vollzogener Räumung einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuss auf allen Strecken reifen lassen, um zu begutachten, ob der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen werden kann oder nicht.

Ein Amnestieerlöf der J. M. A.

Die Internationale Kommission gibt einen von dem Vertreter Frankreichs, Italiens und Großbritanniens unterzeichneten „Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens“ bekannt, worin mitgeteilt wird, daß die polnischen Infanterien und die deutschen Formationen sich gemäß den Anordnungen der J. M. A. aus ihren Stellungen zurückziehen und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. In dem Aufruf wird sodann hingewiesen, daß die Verwaltung Oberschlesiens vom 5. Juli ab wieder völlig in den Händen der Internationalen Kommission liegen und unrechtmäßig gebildeten Formationen keinerlei Art keinerlei Autorität oder Gewalt zustehen werde. Im Anschließ hieran heißt es in dem Aufruf, daß die J. M. A. befreit von der Unterwerfung und in dem Wunsch, die bestehenden Massengefährde zu mildern, beschlossen habe, eine Amnestie für alle ungeschlichen Handlungen zu gewähren, die mit dem Zustand im Zusammenhang stehen, ausgenommen aber solche Handlungen, die aus Gewinnlust, persönlicher Rachsucht und Grausamkeit begangen worden sind. Ferner sollen der Amnestie alle diejenigen nicht teilhaftig sein, die nach einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt in unerlaubtem Besitz einer Schusswaffe oder von Explosivstoffen gefanden werden. Die J. M. A. fordert schließlich in der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich „dieses Attes der Milde“ würdig zeigen werde und fest entschlossen zur Unterdrückung jeglichen Verwüßes, die öffentliche Sicherheit zu stören, Oberschleischens Bewohner auf, in Ruhe und Vertrauen auf die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit der Kommission die Entscheidung, die nach dem Friedensvertrag von Versailles getroffen werden soll, abzuwarten.

Mördergeneräle hier und dort.

Selbst die Leipziger Justizmaschinerie vermag die brutale Verbrechen deutscher Generäle nicht zu verhehlen. In dieser Hinsicht haben diese entmenschten Bestien den Befehl erteilt, wehrlose Gefangene zu erschießen. Es sieht heute ein Fall vor Gericht. Wenn es Gerechtigkeit gäbe, dann müßten hunderte aus tausenden von Fälle abgeurteilt werden. Denn in hundertern und tausenden von Fällen sind im Weltkrieg die Verbrecher begangen worden, berechneten General Stenger angeklagt ist! Und die deutsche Militärmaschinerie hat ihre Verbrechen auch nach dem Kriege mit derselben Vertiertheit oder mit noch brutalerer Vertiertheit fortgesetzt. Wir erinnern nur an die Erschießung der 30 Matrosen, an die Morde in München, an die Marburger Mörder usw. In Wirklichkeit sind alle diese Anklagen nicht nur Anklagen gegen vertierte Menschen, es sind Anklagen gegen eine verruchte Gesellschaftsordnung, die diese Verbrechen billigte und förderte.

Diese Verbrechen, berechneten General Stenger angeklagt ist, sind eine Folge des Kapitalismus. Deshalb blieben sie auch nicht nur auf Deutschland beschränkt. Sie wurden und werden von den Schergen aller kapitalistischen Staaten begangen. Nicht nur in Deutschland müßten die Mördergeneräle vor Gericht gestellt werden, sondern ebenso in Frankreich, England, Italien usw.

Unsere Genossen in Frankreich haben die Aufgabe übernommen, die schändliche Maske von der Frage des französischen Militarismus herunterzuweisen, der die Leipziger Verhandlungen zur Aufstachelung der nationalistischen Instinkte und für seine Zwecke benutzen wollte. Zwei Fälle besonders werden von unseren Genossen hervorgehoben.

Die Tragödie von Fleury.

Ueber die Tragödie von Fleury hat Genosse Berthou folgende Interpellation eingebracht:

„Die Leutnants Herbin und Milan sind erschossen worden am 11. Juni 1918, ohne Urteil, ohne Schuld an den Taten, deren man sie beschuldigte, und über die zu Gericht sahen, ohne sie zu verhören, ein Colonel, der eine Brigade kommandierte, und ein General, Befehlshaber einer Division.“

Darauf aufmerksam gemacht, daß sie in einigen Minuten erschossen wurden, verlangten sie ein Verhör. „Weillos, erwiderte der General, keine Bemerkungen! Sofortige Erschießung!“

Und sie wurden erschossen von ihren Leuten, die in Reihen anbrachen. Und da sein Capitaine sich weigerte, hat Herbin selbst das Kommando „Fener!“ gegeben, nachdem er seine Leute angefordert hatte, Frankreich auf zu dienen.“

„Ich werde kein verbitterndes Wort aussprechen. In meiner Altentmappe habe ich die Zeugnisse der Vorgeliebten der Hilflichten sowie des Geistlichen, der in ihrer letzten Minute ihnen beistand. Sie starben als Gelben, sie starben als Märtyrer.“

Die dieses Wortes Angeklagten sind der Colonel Berrnard, der pensioniert ist, und General Boyer, zur Zeit Chef des 8. Armekorps in Bourges.

Werden wir diese Taten mit unserer Verantwortlichkeit bedenken?“

Die Toten der Lorekohöhe.

Nest veröffentlicht die „Humanité“ die Anklage eines bekannten französischen Schriftstellers gegen einen anderen französischen Mördergeneral. Darüber wird folgendes gemeldet:

„In der Humanité“ erhebt der bekannte Schriftsteller Gustave de Lourd unter Bezugnahme auf die Verurteilungen vor dem deutschen Reichsgericht gegen den General Stenger die Anklage gegen den Kommandanten der 13. Infanterie-Division, General Martin de Sionville, am Vorabend des Augusts vom 25. September 1915 im Avois sich des Mordes begangenen schuldig gemacht zu haben, dessen General Stenger beschuldigt wurde. Lourd sagt, daß hinter der Lorekohöhe die Offiziere der 13. Division zusammenberufen worden seien und daß in einem Speisesaal der General den Befehl erteilt habe: Von nun fern soll prisenntiers (Ihr soll keine Gesannenen machen). Er habe eine Ausnahme nur für einige wochsen, damit sein Dolmetcheroffizier sie verhören könne. Lourd erklärt zur Entschuldig, weshalb er nicht dagegen protestiert habe, er habe keine Entrüstung über den Fall seinem Obersten zum Ausdruck gebracht, der sie gebilligt habe.“

Die deutsche Bourgeoisie, die von der härteren Enttlenbourgeoisie gezwungen wird, ihre Schande zu enthüllen, wird diese Fälle ansäubern wollen auf Verkleinerung der Verbrechen des deutschen Militarismus. Aber die einzelnen Fälle, deren Verhandlung die Ententebourgeoisie heimlich und heimlich verlangt, stellen nur einen jämmerlichen Bruchteil der Verbrechen dar, die vom deutschen Militarismus während des Krieges begangen worden sind. Tausende von Kriegsgefangenen liegen in Nordfrankreich begraben, weil man sie gegen alles Kriegrecht jahrelang in der Regenzone hat arbeiten lassen, und weil man sie systematisch verhungern ließ. Nur ein

Politische Uebersicht. Reichstag.

Reichstagsung, Sonnabend, den 2. Juli.

Reiches Interesse der Reichstag den Bergleuten entgegenbringt, zeigte die Beratung der beiden Interpellationen, welche das Zentrum und die Unabhängigen eingebracht und heute zur Beratung standen.

Jambisch begründete die Zentrumsinterpellation. Er verlangt bessere praktische und theoretische Durchbildung der Bergleute. Nur gut ausgebildete will er an die gefährlichen Stellen in Zukunft beschicktes wissen. Jambisch gibt zu, daß die Betriebsverwaltung vielleicht doch nicht alles getan hat, was sie hätte tun müssen.

Bayer sprach für die Unabhängigen. Die Sicherheitsmänner werden von den Bergleuten durch Maßnahmen an der Ausübung ihrer Pflicht gehindert. Das Unglück hätte nicht so groß werden können, wenn alles in Ordnung war. Er wandel sich dagegen, daß man die Schuld auf die Bergarbeiter abwälzen will.

Den Reichsarbeitsminister Braun hat das Unglück hiel erschütter. Er spricht den betroffenen Hinterbliebenen sein Beileid aus. Natürlich ist nach seiner Ansicht die Revolution schuld, daß die technischen Schulungsmittel seitens einer Erweiterung der Rechte der Betriebsräte lehrt er ab, weil die jetzigen Bestimmungen ausreichen.

Der Demokrat Koch hält eine Bank gegen die Institution des Untersuchungsgerichtes. Nur Sachverständige können hierfür in Frage. Die politische Ansetzung verweist er.

Der Arbeitervertreter Herr Sinnefeld von der Deutschen Arbeiterpartei, kann nicht verstehen, daß die Arbeiterschaft diese Angelegenheit beanagt, um dem kapitalistischen System den Keim anzufügen.

Der Reichsarbeitsminister Jambisch sand kräftige Worte gegen die Zehnerverwaltung. Er bekräftigt als Teilhaber des Ausschusses, daß der Betrieb in Ordnung war. Sehr viele Zungen befähigen, daß nicht genügend berichtigt werden konnte, daß die Grebe schlagwerktauglich, daß die Kontrolle nicht ausreichend war. Dem ging Herr Koch auf die wirklich Schuldige, die kapitalistische Profitgierlichkeit ein. Nicht der Bergarbeiter, der unter dem Zwange den können Akkordisten zu steigen, Schichtarbeiten ausgerichtet läßt, nicht der Bergarbeiter, der infolge Zeitmangel die Kontrolle nicht ausübt, sondern das Kapitalinteresse der Bergleuten, das kapitalistische System ist schuld. Auf dem Weg hat der Herr, wenn er Frau und 2 Kinder zu ernähren hat,

einen Durchschnittslohn von monatlich 1888 Mark. Will er diesen erreichen, so muß er aufs anstrengendste arbeiten und kann nicht auf alles achten. Also die Not, die bittere, drängt ihn dazu. Die Zehnerpart an Beamten, spart an Material, das Material sind die Sachstoffe. Die bürgerliche Gesellschaft und ihre Presse kriegt von Beleid. Das System geht aber weiter bis zur nächsten Katastrophe.

Jambisch der Reichsarbeitsminister Jambisch wandel sich im Gegenlag zu seinem Fraktionskollegen Jambisch gegen den Gen. Stenger, der die Uebertragung einzelner Rechte an die Betriebsräte verlangte. Er hält es für einen verhängnisvollen Fehler, wenn den Betriebsräten mehr Rechte gegeben werden, als ihrem Bildungsstande entspricht. „Augenblicklich haben sie nur Volksschulbildung, wir müßten sie erst durch langwierige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit schulen.“

Er hat die andere Fraktion Recht, als sie durch ihren Redner die Reichsjustizminister und Unabhängigen anfordern lieh, es nicht bei ihren schönen Worten zu lassen, sondern sich entschließen hinter unsere Forderungen zu stellen, die auch sofort erfüllbar wären, aber auch zum gemeinsamen Kampf anzunehmen, wenn dieser Schutz des letzten Lebens den Bergleuten von der Regierung und den bürgerlichen Parteien verlangt wird. Diese werden die Forderungen ablehnen, die Verantwortung tragen aber dann die Reichsjustizminister, Unabhängigen und nicht zuletzt der Bergarbeiterverband, wenn er nicht gleichzeitig mit der KPD zum Kampfe aufruft für:

1. Die sofortige Uebertragung der Arbeitszeit auf täglich 6 Stunden.
2. Die Uebertragung der Rechte der Betriebsräte und zwar nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten.
3. Uebertragung der Rechte der Betriebsräte, die das Bestimmen der Grebearbeiter haben, aus den beruflich ausgebildeten Bergleuten, die das Bestimmen durch die Arbeiterpartei im Hintergrunde stehen.
4. Sofortige bedeutende Erhöhung der Löhne, welche die Bergarbeiter in den Stein haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Die KPD wird in den Kämpfen um diese Forderungen der Arbeiterschaft vorangehen.

Damit ist die Interpellation erledigt. — Nach Annahme einer Vorberatung bringt zum Ent das Reichsbergbau-ministerium Hr. Dr. Berg (USag.). Sollte man des Bergarbeiter im Ausland eingekauft, so hätte die Löhne 400 M. gelohnt, nach dieser Höhegabe an die Agrarier ist aus die Löhne auf 2400 M. zu setzen. Das ist ein Roman-Standard Klimakter Art.

Hrn. Dobrich (N.Sag.): Die Güte steht zur Verfügung im Hinblick auf die kommenden Steuern, aber wir können nicht der Hand auf das Rad (Köcher) und nicht gewillt, noch länger Fraggelassen zu sein.

Reichsbergbau-minister Hermann: Die Reichsbergbau-ministerium wird nicht nur die Bergbauarbeiten beschränken, sondern auch den Zinsen der Schwereindustrie und hat dem Reich viel Geld gebracht.

Beschreibung des Kampfes in einem Kessellager bei St. Michel, in der Gegend von... (Text continues with details of a battle or conflict in a camp near St. Michel, mentioning the use of gas and the suffering of prisoners.)

Das sind einige Fälle. Sie werden sich vermehren lassen. Die kapitalistische Gesellschaft wird die wahren Urheber dieser Verbrechen, die verantwortlichen Epochen, ihre vergötterten Selbengenerale, diese kaltschnitigen Massenmörder, diese Schwärmer einer rücksichtslosen Kampfweise, niemals zur Verantwortung ziehen. Erst das siegreiche Proletariat kann die Schmach, die der deutsche Militarismus dem deutschen Volke auferlegt hat, abwenden.

Major Ceausescu fällt unter § 51!

In weiteren Verlauf des Leipziger Kriegsverbrecherprozesses gegen den General Stenger kommen eine Reihe hauptsächlich ständischer Belastungszeugen zu Wort, die fast alle übereinstimmend von massenhaften Gefangenenerlöschungen auf Befehl Stengers und Ceausescus berichten. Ein gerichtliches Gutachten des Prof. Anton aus Halle erklärt, Major Ceausescu sei zu jener Zeit geistig unzurechnungsfähig gewesen, er falle unter § 51. Das große Reineurowachen beginnt! Die unangenehmen Entschuldigungen dieses Prozesses sollen verwirft werden.

Eine neue schallende Ohrseige für Schiffer.

Der feudale Rapprebell Traugott von Jagom, den alle beamteten und nicht-beamteten Weiskmann-Spigel der deutschen Schieberrepublik seit 13 Monaten vergeblich suchen, scheint eine satyrische Freude an der öffentlichen Bloßstellung seines Freundes und Gönners Schiffer zu haben. Denn nachdem Jagom erst vor wenigen Tagen die Schifferische amtliche Krankheitsbescheinigung in der Presse öffentlich als ausgekochten Schwindel entlarvt, verwendet er jetzt an die Rechtspreffe eine neue Erklärung unter der Überschrift: 'W e d e r k r a n k n o c h u n a u f f i n d b a r', die folgendermaßen lautet:

Der Reichsjustizminister hat nach Zeitungsberichten (auf das erste Schreiben an die Presse) erwidert: Der Postbesitz sei mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand nicht vollstreckt worden.

Wischer handelte es sich also um das Verfahren; jetzt um den Haftbefehl. Ueber diesen heißt es in dem maßgebenden Beschlusse des Reichsgerichts vom 26. März 1921 wörtlich:

Durch Sicherstellungsleistung im angegebenen Betrage ist Rückgefahr als ausgeschlossen anzusehen und es war, da Verdunklungsgefahr nicht besteht, der § 117 Str.P.O. anzuwenden. Also: kein Wort über Gesundheit!

Dah in einem absolut einwandfreien Zeugnis meines Hausarztes die Gefahr schwerer gesundheitlicher Schädigung durch Untersuchungshaft eingehend begründet wurde, hatte ich mich mit der Nichtvollstreckung des Haftbefehls nicht das mindeste zu tun; es widerspricht übrigens auch lehnswegs meiner obigen Gesundheitsfeststellung.

Auf die Behauptung, mein Aufenthalt sei nicht bekannt, stelle ich fest, daß ich am 2. Mai d. J. bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Leipzig zu Protokoll gegeben habe: 'Ich wohne in Potsdam, Bergerstraße 7.'

So wenig ich gewillt war, mich der m. E. durch nichts gerechtfertigten Untersuchungshaft zu stellen, ebensowenig bin ich allerdings lediglich aus praktischen und politischen Gründen - gewillt, mich etwa dem Verfahren zu entziehen. Flucht kommt für mich nicht in Betracht. Obwohl die Verantwortlichkeit der Zeit mich freundschaftlich mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, ist vielmehr mein Ziel: ungesäumter Fortgang des Verfahrens.

In die Adresse des Abg. Dr. Rosenfeld sei schließlich gesagt: die 13monatige Verhängung eines Haftbefehls gegen mich, obwohl objektiv nie Flucht oder Kollusion in Betracht kam, habe ich wie Klassenjustiz empfunden; ich bin aber weit entfernt, solche zu behaupten.

Noch nie ist ein Justizminister für seine fast verbrechenreichen Gefälligkeiten blutiger verhöhnt worden, als von Herrn von Jagom, der frech erklärt, er sei nicht nur nicht krank noch unauffindbar, sondern wünsche schnellichst den ungesäumten Fortgang seines Verfahrens, während nunmehr einwandfrei feststeht, daß die unantastbare deutsche Justiz den Prozeß planmäßig sabotiert, um ihren Schlingling vor dem Zuchthaus zu bewahren.

Der Charakter des in der deutschen Republik amtierenden Rechtsverbrechertums war längst jedem politisch nicht völlig Blinden bekannt. Es ist aber gut, daß der Edle von Jagom seinen Teil dazu beiträgt, um die deutsche Justizbirne, die ihm doch so überaus gefällig war, in ihrer ganzen fragenhaften Säcklichkeit zu enthüllen.

Revolutionäre Disziplin.

In den Thesen über die Taktik, die von der russischen und deutschen Delegation dem dritten Kongreß vorgelegt worden sind, heißt es in Kapitel 4: 'Der Kampf gegen verkappte zentralistische Führergruppen' unter anderem:

Wo nun opportunistische Führergruppen zu verhindern suchen, daß die Organisationen und die Partei der kommunistischen Parteien der revolutionären Mobilisierung der Massen dienen, wo sie die Aktion dieser Massen zu hinterziehen suchen, wo sie die parlamentarischen Fraktionen oder die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die Parteijournalisten den Beschlüssen der Partei und ihrer Leitungen nicht unterordnen, dort erachtet die kommunistische Internationale es für die Pflicht der kommunistischen Parteien, gegen diese Elemente rücksichtslos einzuschreiten, und sie wird jede Bemühung der revolutionären Arbeiter zur Disziplinierung und Unterordnung ihrer Führerschaft mit ihrer vollen Autorität unterstützen.

Die zentralistischen Führergruppen suchen ihre Politik der Verwässerung und Sabotierung der Beschlüsse der kommunistischen Internationale mit der Berufung auf die besonderen Verhältnisse ihres Landes zu verteidigen und sie erheben gegen die Exekutiv die Anklage, daß sie durch Klaffe aus Kossau den kommunistischen Parteien eine den Interessen ihrer Entwicklung widersprechende Politik aufzudrängen such. In diesen Behauptungen und Anklagen äußert sich die politische Verwandtschaft der obengenannten Führergruppen mit den offenen Zentrifugen, die dieselben Anklagen seit dem Moment der Bildung der kommunistischen Internationale erheben.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale hat nur für die Durchführung der Beschlüsse der internationalen kommunistischen Kongresse gesorgt, die die allgemeine Linie der proletarischen Politik ausdrücken und Rücksicht auf die Besonderheit der Verhältnisse in einzelnen Ländern in vollem Umfange genommen haben.

Bischof Morehouse.

Aus dem Englischen von H. Kramer. (Schluß) 'Ich muß eingestehen,' sagte er, 'ich fühle meine Ohedder. Ich habe eine große Lehre aus meiner Arbeit gezogen. Der Seele kann nicht geholfen werden, ehe nicht der Magen gefestigt ist. Der Leib muß ernährt werden mit Brot und Butter, mit Kartoffeln und Fleisch; dann erst ist auch der Geist fähig, Nahrung aufzunehmen.' 'Ich gehe jetzt immer zu Fuß,' sagte er und erstörkte im Gedanken an die Zeit, als er noch im Wagen fuhr. 'Es ist auch wirklich besser für meine Gesundheit,' fügte er eilig hinzu. 'Und ich bin sehr glücklich, so glücklich wie nie zuvor.' Und doch sprach aus seinem Gesicht ein stiller Schmerz, der Schmerz der Welt, den er jetzt auf sich genommen hatte. Er sah jetzt das Leben in seiner wahren Gestalt und das war anders, als es ihm die Bücher seiner Bibliothek geschildert hatten. 'Und Sie sind für das alles verantwortlich,' sagte er zu Eberhard. 'Ich warnte Sie,' erwiderte dieser erschüttert und betroffen. 'Nein, nein, Sie mißverstehen mich,' antwortete der Bischof. 'Das war kein Vorwurf, sondern ein Ausdruck tiefer Dankbarkeit. Ich muß Ihnen danken, daß Sie mit den rechten Weg gezeigt haben. Sie führten mich aus der Theorie ins wirkliche Leben. Sie rissen die Schleier von der Schande der Gesellschaft herab. Sie waren das

Von dem 3. Kongreß der Internationale.

Ultimatum an die KAPD.

Moskau, 30. Juni.

Auf der Sitzung vom 28. Juni trat der Vertreter der italienischen sozialistischen Partei Caspari auf, der die Taktik der italienischen sozialistischen Partei verteidigte und erklärte, daß die Aktionsformel der Partei der dritten Internationale gegenüber weder eine vollkommene Unterwerfung noch eine vollkommene Unabhängigkeit der Partei von der dritten Internationale bedeutet. In der nächsten Zukunft soll ein Parteikongreß einberufen werden, auf dem die Beschlüsse des Kongresses der dritten Internationale zur Verhandlung gelangen sollen. Caspari spricht die Hoffnung aus, daß die italienische sozialistische Partei ihrer Aktion wegen nicht aus der dritten Internationale ausgeschlossen wird.

Die Rednertribüne befiel nun Lenin, begrüßt von stürmlichem Beifall. Er sagt: Es ist das größte Unglück einer Arbeiterpartei, wenn sie es nicht versteht, rechtzeitig mit ihren Reformwünschen zu brechen. Vor einem Jahre konnte Serratelli nicht einen einzigen überzeugenden Grund dafür angeben, warum das Beisammensein mit den Reformisten unbedingt notwendig sei. Jetzt erwarteten wir mit Ungeduld, daß Caspari irgendwelche neuen Motive anführen würde. Ungeachtet dessen, daß der italienische Kommunismus ein hartes Wochstum zu verzeichnen hat, ist es der italienischen Bourgeoisie dank der verräterischen Politik der italienischen Sozialisten doch möglich gewesen, zum Angriff überzugehen. Lenin beendet seine Rede, indem er der festen Überzeugung Ausdruck gibt, daß die italienischen Arbeiter den Beschlüssen des Kongresses über den Ausschluß der italienischen sozialistischen Partei aus der Internationale unterliegen werden.

Auf der Abendssitzung desselben Tages machte Sinowjew den Vorschlag, der Kongreß möge der deutschen kommunistischen Arbeiterpartei vorschlagen, innerhalb der nächsten zwei Monate einen Kongreß einzuberufen, auf dem die wichtigsten Tagesfragen zur Verhandlung gelangen sollen.

Auf der Sitzung vom 29. Juni hielt der italienische Sozialist Maffi eine Rede, in der er sich bemühte, alle jene zahlreichen Tatsachen, die von der italienischen kommunistischen Partei angeführt worden waren, zu entkräften. Die gleich nach ihm aufstehenden Redner beabsichtigten die ganze verräterische Politik der italienischen sozialistischen Partei.

Alara Zellin forderte einen entschiedenen Bruch mit den Reformisten. Sie verlangte auch, daß man den Arbeitern mitteilen solle, daß die Arbeiterkammer 30000 Lire, die aus der Tasche der Bourgeoisie kommen, nach Italien geschickt haben. Alara Zellin schließt mit den Worten: Wie sollen keine Nationalisten, sondern Internationalisten sein.

Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Moskau, 30. Juni.

Bei der sechsten Sitzung des Kongresses hielt der Vertreter des linken Flügels der belgischen Partei eine Rede. Andere Hauptfeinde - sagte er - sind die Führer der Zweiten Internationale. Besonders Wandervogel, dem als Justizminister alle Regierungsmittel zur Verfügung zur Verfügung stehen, hat sich dadurch ausgezeichnet, daß er Kommunisten verfolgt. Hugmann greift im Parlamente sowohl Sowjetrußland als auch die kommunistische Internationale an. De Brücken

Wo nun opportunistische Führergruppen zu verhindern suchen, daß die Organisationen und die Partei der kommunistischen Parteien der revolutionären Mobilisierung der Massen dienen, wo sie die Aktion dieser Massen zu hinterziehen suchen, wo sie die parlamentarischen Fraktionen oder die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die Parteijournalisten den Beschlüssen der Partei und ihrer Leitungen nicht unterordnen, dort erachtet die kommunistische Internationale es für die Pflicht der kommunistischen Parteien, gegen diese Elemente rücksichtslos einzuschreiten, und sie wird jede Bemühung der revolutionären Arbeiter zur Disziplinierung und Unterordnung ihrer Führerschaft mit ihrer vollen Autorität unterstützen. Die zentralistischen Führergruppen suchen ihre Politik der Verwässerung und Sabotierung der Beschlüsse der kommunistischen Internationale mit der Berufung auf die besonderen Verhältnisse ihres Landes zu verteidigen und sie erheben gegen die Exekutiv die Anklage, daß sie durch Klaffe aus Kossau den kommunistischen Parteien eine den Interessen ihrer Entwicklung widersprechende Politik aufzudrängen sucht. In diesen Behauptungen und Anklagen äußert sich die politische Verwandtschaft der obengenannten Führergruppen mit den offenen Zentrifugen, die dieselben Anklagen seit dem Moment der Bildung der kommunistischen Internationale erheben. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale hat nur für die Durchführung der Beschlüsse der internationalen kommunistischen Kongresse gesorgt, die die allgemeine Linie der proletarischen Politik ausdrücken und Rücksicht auf die Besonderheit der Verhältnisse in einzelnen Ländern in vollem Umfange genommen haben.

Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks.

London, 2. Juli.

Daily Telegraph zufolge sind bei der Abstimmung der Bergleute 832 840 Stimmen für und 105 820 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben worden.

verbreitet gefälschte Photographien aus Sowjetrußland. Die belgischen Kommunisten glauben fest an ihren baldigen Sieg. Wandervogel hat irgendwo einmal gesagt, daß der Krieg alle Ideale der Arbeiter zerstört hat. Die belgischen Arbeiter sind aber revolutionär genug, um Wandervogel das Gegenteil zu beweisen.

Der Vertreter der kommunistischen Partei Jugoslawiens, Markowitsch, erklärt in seinen Ausführungen, daß die kommunistische Partei Jugoslawiens aus der sozialistischen Partei ausgetreten ist. Nach dem Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns hat die serbische Bourgeoisie ein sehr reiches Erbe angetreten. Die serbische sozialistische Partei erhielt hingegen als Geschenk den österreichisch-ungarischen Opportunismus. Die revolutionären Elemente der Partei begannen nun einen erbitterten Kampf gegen die Kompromißler, die die Oberhand gewonnen hatten. Die Partei schiedte sogar davon nicht zurück, alle bewährte Revolutionäre, die dem Kommunismus zuneigten, aus der Partei auszuschließen.

Kolarew erklärte im Namen der bulgarischen kommunistischen Partei, daß sie die Entschiedenheit des Exekutivkomitees, was die Verhältnisse in Italien, Frankreich, des Tschecho-Slowakei und Deutschland anbelangt, gutheißt. Kolarew fordert eine entschiedene Stellungnahme gegenüber den imperialistischen Ländern.

Die kommunistische Partei in der Tschecho-Slowakei (polnische Abteilung) an das Exekutivkomitee der Dritten Internationale.

Präbisch-Dstrau, 30. Juni.

Die kommunistische Partei der Tschecho-Slowakei (polnische Abteilung) richtet folgendes Schreiben an das Exekutivkomitee der Dritten Internationale:

Der Kongreß der KAPD in der Tschecho-Slowakei, der am 12. Juni d. J. stattfand, beschloß einstimmig den vorbehaltlosen Anschluß an die Dritte Internationale und die Annahme der 21 Bedingungen mit allen daraus erwachsenden Verpflichtungen. Das polnische Proletariat hat lange einen gemeinsamen Weg mit dem Proletariat anderer Nationen gesucht, doch bei bestem Willen konnte es wegen der Sozialpatrioten, die in Schließung eine reaktionär-draconische Plebsjagd zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Nutzen der Bourgeoisie geführt haben, diesen Weg nicht finden. Erst jetzt gelingt es den polnischen Arbeiterklasse Schließens, sich vollkommen von den Fesseln der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie freizumachen und in die Reihen des gesamten klassenbewußten Proletariats in der Tschecho-Slowakei einzutreten. Also wendet sich der Kongreß jetzt bereits als Vertreter der kommunistischen Partei in der Tschecho-Slowakei (polnische Abteilung) an das Exekutivkomitee der Dritten Internationale mit dem Ersuchen um Aufnahme in die Reihen der Dritten Internationale.

Mit kommunistischem Gruß: Für die kommunistische Partei der Tschecho-Slowakei (polnische Abteilung), Sektion der Dritten Internationale. Karol Sitka.

An die Partei-Organisationen!

Wiederholt ist es vorgekommen, daß die Organisationen der gesammelten Beträge für die 'Rote Hilfe' den Gau-Komitees der 'Roten Hilfe' direkt zur Verfügung gestellt haben. Es ist unbedeutend nicht möglich, die gesammelten Beträge zu kontrollieren und nach einem bestimmten Modus im ganzen Reich zur Auszahlung zu bringen. Wir erlauben deshalb dringend, alle gesammelten Gelder direkt an das Postfachkonto: Zentralkomitee 'Rote Hilfe' No. 109 676 Berlin, einzuschicken. Auf dem Zahlkarten-Abchnitt ist zu vermerken, von wem die Gelder eingebracht wurden. Sind es Beträge, die auf Sammelkarten der 'Roten Hilfe' gezeichnet wurden, so ist das besonders anzudeuten, und die Sammelkarten sind an das Zentralkomitee der 'Roten Hilfe' einzuschicken. Das Zentralkomitee der 'Roten Hilfe'.

Warnung.

Ein gewisser Kurt Eisenold aus Göttingen hat einem Berliner Genossen Anzug, Hut und Schuhe gestohlen. Es besteht die Gefahr, daß der Kurt E. verhaftet wird, bei den Parteiorganisationen oder bei der 'Roten Hilfe' Geld zu erhalten. Wir ersuchen, bei Auftauchen Eisenolds ihn die gestohlenen Sachen abzunehmen. Wir warnen vor einem gewissen Emil Ernst Josef Klawka, geboren am 8. Dezember 1897 zu Prag. Derselbe war Anfang Juni in Halle für die Polizei als Provokateur tätig und hat durch seine Denunziation das Büro der 'Roten Hilfe' durch die Polizei ausheben lassen. Er ging dann nach Berlin, erschwindelte sich von der 'Roten Hilfe' Unterstützung, verstand und tauchte am 27. Juni in Hannover auf, wo er abgewiesen wurde. Hierauf schickte er ins Bezirkssekretariat einen Erpresserbrief, in dem er innerhalb 15 Minuten 2000 Mark verlangte, da er sonst die Bezirksleitung und eine große Anzahl Mitglieder der Polizei verraten wollte. In Hannover ist ihm die richtige Antwort gegeben worden, er wird aber wahrscheinlich wieder sein schufliches Gewerbe an anderen Orten auszuüben versuchen. Wir warnen vor diesem Burschen!

Nicht in meiner Dunkelheit. Ich bin sehr glücklich, nur - er zögerte schmerzhaft und aus seinen Augen sprach die Furcht - nur die Verfolgungen. Ich tue niemand etwas zu leide. Warum lassen sie mich nicht in Frieden? Aber es ist nicht das. Es ist die Art der Verfolgung. Ich würde mich nicht fürchten, wenn sie mich in Stücke reißen, mich verbrennen oder kreuzigen würden. Aber vor dem Irrenhaus packt mich Entsetzen. Mein Blut stockt, wenn ich nur daran denke! Eingesperrt zu sein für den Rest des Lebens, inmitten von Tobsucht und Wahnsinn - alles, nur das nicht! Es war ein herzerreißender Anblick. Seine Hände zitterten, sein ganzer Körper bebte angesichts des Bildes, das sich vor seinen geistigen Augen aufgetan hatte. Aber im nächsten Augenblick hatte er sich gefaßt. 'Verzeihen Sie mir,' sagte er einfach. 'Es sind meine kranken Nerven. Wenn das Werk des Herrn mich dort hin führt, so sei es. Warum sollte ich klagen?' Im Laufe des Abends erzählte er noch mehr von seiner Tätigkeit. 'Ich habe meine Häuser verkauft,' sagte er, 'alles meinen ganzen Besitz. Ich mußte, daß ich es heimlich tun müßte, sonst hätte man mir alles abgenommen. Das wäre schrecklich gewesen. Wie zuvor habe ich geglaubt, welche eine gewaltige Menge von Kartoffeln, Brot, Fleisch oder Kohle man für 2-300 000 Dollars kaufen kann. Aber noch etwas ist mir zum Bewußtsein gekommen. Alle diese Kartoffeln, dies Brot, diese Butter gehörten mir und ich hätte sie nicht erarbeitet. Da wurde mir klar, daß ich mand anders für sie gearbeitet und daß man sie ihm geraubt hatte. So ging ich denn zu den Armen, denen man

die Frucht ihrer Arbeit weggenommen hat und die hungrig und elend sind. 'Ich habe jetzt mein Geld in vielen verschiedenen Banken unter verschiedenen Namen angelegt. Man kann es mir niemals nehmen, weil man es nicht finden kann. Und es ist so gut, das Geld. Man kann so viel Nahrung dafür kaufen. Ich mußte früher niemals, wie nützlich Geld sein kann.' 'Ich wohne in billigen Gasthäusern,' fuhr der Bischof fort, 'aber ich fürchte mich und bleibe niemals lange an einem Ort. Ich habe mir auch in einem Arbeiterhause zwei Zimmer gemietet. Es ist ein großer Luxus, ich weiß, aber es ist notwendig. Ich habe auch für mich selbst und esse zuweilen in billigen Gasthäusern.' 'So habe ich einen Lebenszweck gefunden durch Sie. Es ist das Werk im Dienste des Herrn.' Beim Abschied versprach er, bald wiederzukommen. Eine Woche später las man in der Zeitung von dem traurigen Fall des Bischofs Morehouse, den man ins Irrenhaus gebracht hatte, für dessen Heilung aber noch Hoffnung vorhanden wäre. Vergebens suchte Eberhard ihn zu besuchen, vergebens eine Untersuchung seines Falles herbeizuführen. Keine Nachricht über den Bischof gelangte mehr an die Außenwelt. 'Die Gesellschaft hat gesprochen,' sagte Eberhard. 'Und mit einem bitteren Lächeln schlug er die Bibel auf und las: 'Und Jesus sprach zum reichen Jüngling: Willst du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe was du hast und gib es den Armen.' (Matthäus 19, Vers 21.)

Zwei Kommunisten

Von F. M.

Franz: Warum bist Du gestern nicht in der Versammlung gewesen?

Martin: Ach Gott, die ewigen Versammlungen... Es kommt ja doch nichts dabei heraus.

Franz: Es geht Dir wohl mit der kommunistischen Bewegung zu langsam? Hast wohl die Geduld verloren?

Martin: Was willst Du damit sagen?

Franz: Nun, ich erinnere mich, 1918 hast Du keine Versammlung ausgelassen. Wie hast Du damals geglaubt? Freilich, es war damals eine andere Zeit. Kannst Du dir nicht vorstellen, wie jeder Partei nur so zu... in der Hoffnung auf den raschen Sieg.

Martin: Wollt Du mir etwa Verrat an der Idee vorwerfen? Neugierig!

Franz: Ach nein, Du hast wohl den Glauben, die Hebezeitung... nur hast Du den Mut verloren.

Martin: Hab' ich in diesen Jahren nicht oft Zeugnis von meinem Mut abgelegt?

Franz: Zeigst Du nicht gewesen. Du hast sogar wiederholt Dein Leben aufs Spiel gesetzt. Aber das genügt nicht. Es wird von uns, proletarischen Kämpfern, viel mehr verlangt.

Martin: Doch mehr? Was denn?

Franz: Auszuhalten im langen Kampfe, auch in der Kampfbau! Schlagen! Ich ist freilich viel leichter — und ruhmvoller — im Straßenkampf als „Gelb“ zu fallen, als sich jahrelang in mühsamer Kleinarbeit abzuscheiden und nicht zu erlahmen. Wir Kommunisten halten es mit Lenin, der 1914 aus einem illegalen Schuppwinkel unterirdisch den Kampf mit dem Imperialismus aufgenommen hat und nicht mit Friedrich Adler, der mit einem Knall der ganzen Mißere, auch seiner eigenen, ein Ende zu machen trachtete.

Martin: Ja, das ist ja alles sehr richtig. Aber was soll ich tun? Ich bin Mitglied der K. P. und tue meine Pflicht wie jeder andere, aber man kann doch nicht ewig an die Politik denken.

Franz: Warum denn nicht?

Martin: Weil ein Mensch außer der Politik noch andere Interessen hat. Man lebt ja schließlich nur einmal. Wenn die Revolution kommt, werde ich dabei sein, so gut wie's nur geht, aber einstweilen will ich noch mein eigenes Leben genießen.

Franz: Du ziehst also einen Trennungsschritt zwischen Deinem eigenen Leben und der Partei? Denn die Revolution kommt, während Du Dich den Massen; einstweilen aber willst Du für Dich selber leben.

Martin: Ist das etwa falsch?

Franz: Grundfalsch. Grundsätzlich soll man nicht auf die Revolution warten und glauben, daß sie dann wie ein Kirchtag abgehalten werden wird und wir dann wieder „Mut“ haben. Wir sind schon in der Revolution. Die Revolution ist ein Streik, der Jahre dauern wird. Außerdem macht ein wahrer Kommunist keinen Unterschied zwischen seinem eigenen Einzelinteresse und dem Interesse der Massen.

Martin: Ich wäre demnach also ein schlechter Kommunist?

Franz: Du bist insofern ein guter Kommunist, da Du weißt, worauf es dabei ankommt, Du hast genug gelesen und gelernt, um zu wissen, was der wissenschaftliche Kommunismus ist. Auch erzieht Du die Parteien des Kampfes und bist mitunter ein guter Kämpfer. Aber Dein eigenes liebes „Ich“ spielt bei Dir noch eine zu große Rolle.

Martin: Das!

Franz: Du meinst später, wenn der Kommunismus erst verwirklicht sein wird, wird er eine Quelle des Glückes für alle sein; jetzt aber, mitten im schweren Bekämpfungskampfe, müssen wir uns irgendwie innerhalb des Kommunismus abfinden halten, um nicht im persönlichen Leben zu kurz zu kommen.

Martin: Und was denn Du?

Franz: Ich kenne nicht den Unterschied zwischen Privat und Partei. Wenn uns z. B. eine Demonstration gelingt, wenn die Partei irgendeinen Erfolg zu verzeichnen hat, bin ich darüber genau so glücklich, als hätte ich in meinem Heime eine Freude erlebt. Andere Freuden brauche ich nicht. Das, was ich für die Partei tue, betrachte ich genau so wenig als Opfer, wie ein Vater, der eine schlaue Nacht am Bette seines kranken Kindes verbringt, darin ein Opfer erfindet.

Martin: Ja, die Menschen sind halt verschieden.

Franz: Es kommt auf die Hebezeitung an. Wir wollen sie durch Propaganda der Massen erziehen, so müssen wir zu arbeiten uns selber erziehen.

Martin: Ich soll also mit meinen 35 Jahren jetzt untergehen?

Franz: Nicht untergehen, aber hingulernen. Versuch Dir doch einmal klar zu machen, daß der Kommunismus nicht allein „Politik“ ist, sondern eine neue Lebensform, die gegenüber jedes „alten“ Interesse verschwindet. Wenn Du z. B. als Angehöriger der Partei siehst und Auslagen machen mußt, so überlegst Du Dir ganz genau, was und wie Du antworten wirst, weil Du weißt, was alles dabei für Dich auf dem Spiele steht. So verhält's sich doch einmal, auch von diesem Standpunkte aus die Partei zu betrachten, und Du wirst finden, daß jede Parteiangelegenheit Dich verhältnißmäßig angeht. Und Du wirst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, Deine Selbstverwirklichung zu betreiben!

Martin: Du denkst immer noch an die geistige Verbesserung?

Franz: Ob die geistige, ob eine andere... jede Verbesserung wird Dich mindestens so interessieren wie all das, was in Deiner Wohnung geredet wird. Die Partei selbst wird für Dich ebenso viel zu bedeuten haben, wie Deine Familie und Dein Freundeskreis. Ja, noch mehr, denn die Partei verfolgt das höchste Ziel, zu dem auch Du Dich begehrt. Wir wollen doch die Anarchie der Proletariat sein, die Schlagtruppe im Kampfe — so muß jeder von uns von seiner höchsten Bestimmung erfüllt sein. Und das gibt es eben Angehöriger einer Partei, neue Kampfbereitschaft, neue Kraft. Wie rühmt sich das aber mit dem Geruch von „Krisen“ und „Krisen“? Wo stehen wir hin, wenn jeder Kommunist so denken würde wie Du.

Martin (nachdenklich): Du magst recht haben... Ich will darüber nachdenken.

„Rote Fahne“, Wien.

Wohin müssen sich die Kriegsbeschädigten in ihrem Eltern wenden?

Diese Frage mag sich schon so mancher verheiratete Soldat bei den Besuchen der Eltern gestellt haben, wenn er mit seinen Kindern irgendwo in einer belebten Straße in Wien und Regens überflatternd an eine Wand geklopft hat und den Kindern und Schwestern verlässt, aber wenn er als menschlicher Mensch noch ein Spielhof braucht, um das Mißgeschick der Verheirateten zu ertragen. Er erinnert sich dann auch wieder, daß sein oberster Kriegsherr einmal gesagt hat: „Herlichen Zeiten ist es auch entzogen“ und „Der Staat des Vaterlandes wird auch gewiß sein.“ Er stellt die Hände bei dem Gedanken, daß gerade die Vertreter der Kirche selber Konzeptionen von der Anzahl der bei der heiligen Wanderschaft Gottes Segen empfangen haben, daß dieselben Pfaffen die Notwendigkeit gewahrt haben, mit denen er die Proletariat auf der anderen Seite zu eben solchen Gruppen ziehen mußte, wie er nun

einer ist. Es heißt dann so recht, warum die Kriegskriegler für sie die schone Bezeichnung „Frontkämpfer“ gefunden hatten. Er, der Kriegsbeschädigte, weiß aber auch, daß außer den Aldeutschen es gerade die frommen Zentrumskirchen waren, die in der Reihe der schlimmsten Kriegsbegler marschierten. Vielleicht wissen die frommen Christen, wozu er sich heute, wo sich kein Teufel um ihn kümmert, zu wenden hat. Und in der Tat, wer es noch nicht gewußt hat, der konnte es am Frontkämpfentag in der Erzbißschloß Kreiburg l. B. erfahren, wo Herr Dr. Birsch mit der geweihten Kerze in der Hand neben dem Herrn Erzbißschloß und anderen wohlhabenden geistlichen Herren herstellend den Kriegskriegler und anderen Gläubigern der Nachkriegszeit bei der Frontkämpfentagprojektion den Weg des Heils gewiesen hat. Wie bekannt, sind am Frontkämpfentag auf dem Wege der Prozessionen errichtet, wo Galt gemacht wird. An einem dieser Haltepunkte haben die Kriegskriegler Zentrumschriften dem Publikum eine heuchlerische Komödie vorgeführt. Es steht dort ein Kreuz, wo sich ein Kriegskriegler dazu ergeben mußte, dem Publikum das widerlich verlogene Schauspiel zu geben, sich mit Frau und Kindern als Statue aufzustellen und Hilfe vom Kreuze zu erflehen, wohl deshalb, weil ihn die fromme Kapitalistenregierung des Herrn Birsch hilflos im Stiche läßt. Mit christlicher Demut und Frömmigkeit sollen also Krüppel und Hungerige satt gemacht werden! Wer die Deutung dieser Gruppe mit seinem beschränkten Verstand nicht fassen konnte, der brauchte nur das Plakat auf der mit Grün verzierten Tafel zu lesen, die daneben steht. Da hieß es u. a.:

Ihr habt gelernt verlieren und entzogen,
In harte Schule führte euch die Not,
Dar' ihr versucht, zu murren und zu klagen,
Im Kreuz ist Heil!
So mahnt vom Kreuz euch Gott.

Also, ihr Kriegskriegler, nun wagt ihr, warum auch die fromme Regierung des Herrn Birsch an eurem Kreuze hängen läßt; denn:

Im Kreuz ist Heil“, versteht die goldenen Worte,
Dem Kreuze wird euch Kraft und Trost zuteil.
Dann wird das Kreuz euch eine Himmelsporte;
Durch Leid empor zu Gott. Im Kreuz ist Heil.“

Breslauer Nachrichten

Schutz vor der Schutzpolizei. Die Schutzpolizei sollte zum Schutze des Publikums da sein. Daß eine große Anzahl von Beamten glauben, Methoden anwenden zu können, die man als „Trotterer“ im unglücklichen Belgien angewandt, beweist folgender Fall: Am Freitag vormittag standen in der Friedrich-Wilhelm-Straße vor einem Milchgeschäft einige Frauen und sprachen erzürt über die hohen Milchpreise der Milch. Ein Sipomann forderte zum Auseinandergehen auf. Als eine Frau einen Augenblick stehen blieb, packte dieser „Schuhmann“ die Frau bei den Haaren, und als sie darauf hinfiel, schickte er sie meterweise über den Bürgersteig. Wie einen Schwerverbrecher packte er dann die Frau und schlepte sie zur Wache. Es ist wirklich an der Zeit, daß der Herr Polizeipräsident, anstatt daß er dauernd seine Beamten auf die Jagd nach der schlesischen Arbeiter-Zeitung schickt, um sie von den Zeitungsbeamten zu beschlagnahmen, dem Teil der Beamten Anstandsunterricht gibt, die glauben, als Kettenhunde der Bourgeoisie sich betätigen zu müssen. Wir erkennen wohl an, daß ein Teil der Sipolente, die getrieben von der Not dieses Handwerks ergriffen haben, sehr anständig ist. Im übrigen sucht man durch die strenge Kolonialpolitik, durch die Abschließung von der Außenwelt den Geist des Militarismus wieder in diese Polizeitruppe groß zu ziehen. Kameraden der Sipo, wehrt Euch dagegen!

Aus der Provinz

Genosse Demsky von der weißen Justiz verurteilt. Vom Schweißgericht Schwurgericht wurde unser Genosse Willi Demsky, Waldenburg, wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Grund einer Explosion in seiner Wohnung am 28. März hatte man mit den blödesten Artikeln diese Explosion mit dem mitteldeutschen „Futich“ in Zusammenhang gebracht. Genosse Demsky war mit nach Breslau eingeliefert, um vor dem Ausnahmegericht verurteilt zu werden. Da dieses Gericht zusammenbrach, hat man sich an dem Fall Demsky festgehalten, um mit allen Mitteln die Gefährlichkeit der Kommunisten zu beweisen. Sollte sich die ganze Gerichtsbarkeit nicht plamieren, wählte man zu einer Verurteilung kommen. Wir werden Näheres noch berichten.

Betriebsratswahl bei der Eisenbahn. Die Kommittee der Betriebsräte und der Vertreter bei den Schlichtungsstellen fand in Niederösterreich am 16./17. Juni für die Eisenbahnarbeiter statt. Es wurden insgesamt 2111 Stimmen abgegeben. Von den 15 Sektionen im Bezirks-Betriebsrat und im Bezirks-Schlichtungsausschuss erhielten die Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes 13 Sitze. Die Vertreter der „Unternehmensorganisationen“ erhielten nur zwei Sitze. Derliche Betriebsräte erhielt der Deutsche Eisenbahnerverband 1887, der Allgemeine Eisenbahnerverband 118, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter 60 und das Gewerkschaftsbüro (Kreuzberg) 2. Gegenüber der Vorjahreszeit bedeutet dieser Sieg der freien Gewerkschaft einen großen Fortschritt. Zu hoffen bleibt nur, und unsere Genossen müssen hartnäckig arbeiten, daß die Gewerkschaft des Vertrauens der Massen nicht scheitert. Wenn eine große Masse ihre Stimme den freien Gewerkschaften gegeben hat, dann mit der Hebezeitung, daß nicht auf dem Wege der Klassenharmonie des Los der Eisenbahnarbeiter gebessert wird. Wenn jetzt Herr Grüner das Defizit der Eisenbahnen verringern will, indem er Tausende in das Heer der Arbeitslosen hineinschmeißt, dann müssen die Eisenbahner zusammenstehen wie ein Mann. Diese Disziplin ist ein letztes Ende nur beizubringen, wenn die Arbeiter der Reichsregierung der Herren Geheimräte ein Ende machen.

Die Fraktion rührt sich

Unzufriedenheit des Reichssekretariats im Reichsamt. Der „Volkswacht“ entnehmen wir folgendes: Der Reichsamt der Reichsamt ist in letzter Erinnerung. Die Reichsamt Propaganda — sie machten nach dem Reichsamt Propaganda am Reichsamt veröffentlichen und wurden durch Massen ersetzt — verließen unter dem Einfluß ihrer Offiziere mit als erste Beratung an der Republik, hielten auf der Konferenz die Folgen des Reichsamt und terminierten die verfassungsmäßige Wahlleistung auf. Ihnen ebenfalls zur Seite stand der größte Teil der Propagandisten und der höheren Beamten, Justizbeamte an

der Spitze, die ungestraft gegen die Regierung gekiften, deren Brot sie aßen. Seitdem hat die reaktionäre Wühlarbeit im Reichsamt nie aufgehört. Es wimmelt von ehemaligen Offizieren, deren Treiben das Licht zu scheuen hat, und die im Volksmunde sehr treffend „Rufschweimants“ genannt werden. Die Orgesch hat hier besonders fruchtbaren Boden gefunden und ist weit verbreitet. Wiederholte Vorstellungen berufener Stellen bei der Regierung wegen des staatsfeindlichen Treibens gewisser Kreise im Reichsamt haben bisher zu irgendwelchen Gegenmaßnahmen nicht geführt. Die der Orgesch nahe stehenden Personen verstanden es u. a., einen großen Teil der Waffen der früheren Einwohnerwehr in ihren Besitz zu bringen. Die auf Grund des von der Regierung angenommenen Ultimatus über die Entlassung der Einwohnerwehren geforderte Herausgabe der Waffen verweigerten sie teilweise, während die Arbeiterwehren in richtiger Würdigung der durch die Nichterfüllung des Ultimatus bevorstehenden außenpolitischen Schwierigkeiten ohne weiteres die Waffen abgaben. Unter den Reichsamtbeamten, die bisher die Abgabe der Waffen verweigert haben, soll sich auch ein in Verbindung mit der Orgesch wiederholt genannter Quatschhändler in Passau, Kr. Rastlau, befinden. In ein neues Stadium ist die Gefährdung der republikanisch gesinnten Bevölkerung durch den Reichsamt durch folgende Vorgänge getreten:

In der Nacht vom 26. zum 27. Juni, wahrscheinlich zwischen 12 und 2 Uhr, wurden aus der Waffenkammer des Landratsamtes in Rastlau durch Einbruchdiebstahl vierhundert Gewehre entwendet, die tagsvorher von Organisationen der früheren Einwohnerwehr abgegeben worden waren und am folgenden Tage nach Breslau abgeliefert werden sollten. Die Waffenkammer befindet sich in einem durch starke Eisengitter gesicherten Raum im Kellergeschoss des Landratsamtes, zu dessen Bewachung ein besonderer Wächter bestellt war, der nachts um das Gebäude zu patrouillieren hatte. Die Täter sind durch den Garten zu den Fenstern des in Frage kommenden Kellerraumes gelangt, haben mit einer Metallsäge und durch wuchtige Schläge einen Teil des Eisengitters entfernt und sind dann durch das Fenster in die Waffenkammer eingestiegen. Die hinterlassenen Spuren deuten darauf hin, daß die Waffen in zwei Kistenwagen abtransportiert worden sind. Die sich eben in der Waffenkammer befindlichen Munitionskisten wurden zurückgelassen. Der Wächter will von dem Einbruchdiebstahl, der zweifellos sehr erhebliche Geräusche verursacht und längere Zeit in Anspruch genommen hat, nichts gemerkt haben. Da seine Angaben durchaus unglaubwürdig erschienen, wurde er unter dem dringenden Verdachte der Beihilfe an dem Diebstahl vorläufig festgenommen.

Ebenso wurden in einzelnen Ortsteilen des Kreises, u. a. in Groß-Marchwitz und Brzegzinka, Waffendepots der früheren Ortswehren gewaltsam erbrochen und erhebliche Mengen zur Abgabe bereit gestellter Waffen samt Munition gestohlen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Waffendiebstähle auf das gewissenlose Treiben rechtsradikaler Kreise zurückzuführen ist und daß die Waffen beim nächsten Rechtspruch gegen die Arbeiter Verwendung finden sollen. Ein Orgeschoffizier hat in einer öffentlichen Versammlung die Verdrückung aufgefördert, die Waffen zu sammeln und sie dann stecken zu lassen. Was bedenkt die Regierung zu tun, um eine energische Verfolgung der Täter durch die Staatsanwaltschaft zu gewährleisten? Unter Vertrauen zu der heutigen Justiz ist unter den Nullpunkt „gefallen“. Wir glauben nicht, daß sie ernsthafte Schritte gegen Verbrecher aus dem Lager der Rechten unternimmt.

Dieses wertvolle Eingeständnis werden wir nicht verjäumen, der Volkswacht bei Gelegenheit unter die Nase zu halten. Wir können aber mit Recht fragen, was bedenkt der Herr Oberpräsident — „?“, — zu tun, um die Frechheiten und Räuberellen der Orgeschleute zu unterbinden.

Wir sind überzeugt, daß, wenn Kommunisten nur den hundertsten Teil dessen getan hätten, mit den schärfsten Mitteln eingeschritten wäre.

Es wird auch den sozialdemokratischen Arbeitern nichts übrig bleiben, als ernstlich zu erwägen, daß nur durch die schärfsten Mittel seitens der Arbeitererschaft diesem Treiben ein Ende gemacht werden kann.

Bücherchau

Achtung! Referenten und Funktionäre der Partei: Soeben erschienen „Die Internationale“ Nr. 8, Preis 1,— Mk. Zu haben in der Kommunistischen Bucherei, Breslau I, Gräblichenerstraße 45. Inhalt: Marlborough's ten vaken guerre. Von El. — Lehren der Märzämpfe. Von Karl Radek. — Vorkämpfe zur internationalen Organisation der Gewerkschaften. Vorgelegt von der deutschen Delegation. — Die Wiedergutmachung. Von A. K. — Organisatorische Fragen der revolutionären Initiative. Von Georg Lubacz. — Zusammenbruch und Aufbaumöglichkeiten der landwirtschaftlichen Weltproduktion. Von Alexander Friedrich. (Schluß.) — Pterogatur.

Kommunistische Propaganda: Preis 50 Pfennig. Inhalt: Die Offensiv der Bourgeoisie und die Aufgaben des Proletariats; 1. Die Annahme des Entente-Ultimatus; 2. Die Forderungen des Ultimatus; 3. Die Regierung, erfüllt; 4. Die Bourgeoisie greift an; 5. Die erste Etappe des wirtschaftlichen Feldzuges; 6. Der A.D.S.B. stößt die Offensiv der Bourgeoisie; 7. Die S.P.D. als Bakal der Bourgeoisie; 8. Die U.S.P. ist Regierungspartei; 9. Die Aufgaben des Proletariats; 10. Der Rüstungsstreik der S.P.D. — Anhang.

Vermischtes

An alle kommunistischen Kriegsbeschädigten-Fraktionen sowie an alle Ortsgruppen der D.A.D.

Um ein einheitliches Arbeiten und Vorgehen der Kommunisten in allen Kriegsbeschädigten-Organisationen zu gewährleisten, hat die Reichsfraktion der kommunistischen Kriegsbeschädigten in Berlin ein Sekretariat eröffnet, dem die Leitung der geplanten Tätigkeit der Kommunisten in den einzelnen Organisationen der Kriegsopfer obliegt. Das Reichssekretariat steht in Verbindung mit allen Ortsfraktionen, nimmt Berichte entgegen, verarbeitet wichtige Vorgänge für die Presse, beauftragt Redner, kurzum: es ist die Zentrale für alle kommunistischen Fraktionen in den Kriegsbeschädigten-Verbänden.

Damit ein gedrücktes Arbeiten möglich ist, erjuden wir alle Fraktionsvorsitzenden, ihre Adresse sofort an das Reichssekretariat einzuschicken. So noch keine Fraktionen bestehen, die Möglichkeit einer Fraktionsbildung jedoch vorhanden ist, sind die Parteivorsitzenden in den Orten verpflichtet, alle kriegsbeschädigten Kommunisten sofort zusammenzufassen und mit dem Reichssekretariat in Verbindung zu treten. Die Adresse des Reichssekretariats lautet: Heine richstraße 38, R. S. R., Berlin, Rosenthalerstr. 38.

Wir glauben nicht nötig zu haben, auf die Wichtigkeit der Mitarbeit unserer Genossen in den Kriegsbeschädigten-Organisationen immer wieder hinzuweisen. In einem besonderen Rundschreiben wird noch einmal besonders ausführlich auf die zu leistende Arbeit eingegangen werden. Wir erwarten, daß den Anweisungen im Rundschreiben unbedingt Folge gegeben wird.

Breslau, Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Sot. Berl. e. G. m. H. B. Breslau. Druck: Fritz Wolf. G. m. H. B. Berlin 6 14.